

könnte. Wenn wir unsere Strategien überdenken wollen, damit dieses Versprechen nicht leer bleibt, müssen wir anerkennen, dass wir bereits etwas erreicht haben, was die Welt vor zwei Jahren noch für undenkbar hielt.

Denn Zeichen des Fortschrittes sind nicht zum Ausruhen, sondern zum Anfeuern da – die schlechten Nachrichten kennen wir ohnehin. Warum fühlen wir uns so wohl, wenn wir sie aufzählen? Ohne Zweifel ist das eine Art von Selbstschutz: Idealisten werden ihr Leben lang enttäuscht werden, Pessimisten dagegen nur erfreulich überrascht. Idealisten wird Bequemlichkeit und Schönfärberei vorgeworfen, in Wahrheit ist die Haltung alles andere als leicht. Die Trägheit der selbsternannten Realisten lässt den Verdacht aufkommen, dass sie es eigentlich sind, die auf Bequemlichkeit abzielen.

Wenn ich Diskussionen erlebe, bei denen gebildete Menschen herumuscheln,

wenn nach Idealen oder nach Fortschritt gefragt wird, fällt mir ihre Ängstlichkeit auf – nicht die Angst vor der Vereinfachung oder vor dem Missbrauch solcher Begriffe, denn davor sind gebildete Menschen ja geschützt. Die Angst ist primitiver – man fürchtet sich eher davor, ausgelacht zu werden. Die Angst vor Peinlichkeit sollte uns eigentlich selbst peinlich sein – zumal sie am häufigsten bei Jugendlichen zu finden ist, die nichts mehr fürchten, als von ihren Kumpels als naiv bezeichnet zu werden.

Es ist ein Geist der Angst, aber auch der Enttäuschung – doch muss noch wirklich betont werden, dass sich moralische Erklärungen, wie alles, was wir wirklich brauchen, auf jede erdenkliche Weise missbrauchen lassen? Dies zu lernen, gehört zum Erwachsenwerden. Aber ohne die Sprache der Moral sind wir nicht einmal in der Lage, die Welt zu verstehen – geschweige denn, sie zu verändern.

Heiko Maas

Fortschritt und Demokratisierung – Wo stehen wir und was ist zu tun?

Die Idee von Freiheit und Demokratie hat bis heute nichts von ihrer weltweiten Attraktivität verloren. Der Wunsch nach einem selbstbestimmten Leben, die Ablehnung von Willkürherrschaft, Diktatur und Ausbeutung sowie der Wille, für eine Gesellschaft der Freien und Gleichen einzutreten, in der Macht an Recht und Gesetz gebunden und nur auf Zeit vergeben ist, sind in allen Völkern der Erde tief verankert und auf Dauer durch keine Form von Gewaltherrschaft zu unterdrücken. Nicht zuletzt die aktuellen Entwicklungen in Nordafrika zeigen: Die Idee von Freiheit und Demokratie kennt keine kulturellen, religiösen oder geografischen Grenzen.

Unsere Demokratie ist 60 Jahre nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland und 20 Jahre nach der friedlichen Revolution in Ostdeutschland, die den Weg zur Vereinigung Deutschlands frei gemacht hat, eine Erfolgsgeschichte. Mit ihr gelang die Überwindung tiefer Gräben in der deutschen Gesellschaft, wie sie noch die Weimarer



Heiko Maas

(* 1966) ist Leiter der Zukunftswerkstatt »Demokratie und Freiheit« des SPD-Parteivorstandes, Vorsitzender der SPD Saar und der Fraktion im Landtag des Saarlandes.

h.maas@spd-saar.de

Republik geprägt hatten. Mit ihrer Kraft gelang es 1989, die SED-Diktatur zu überwinden, die Mauer zu Fall zu bringen und die Spaltung Europas zu überwinden. Die Freiheits- und Demokratiebewegungen in der Gesellschaft, ebenso wie Parlament, Regierung und Parteien konnten Wünsche und Interessen der Bürgerinnen und Bürger – durchaus auch in Konflikten – aufnehmen und in Politik umsetzen.

Klar ist aber auch: Freiheit und Demokratie sind – einmal erkämpft – nicht prinzipiell von Dauer. Sie müssen verteidigt, entwickelt und auch immer wieder neu belebt werden. Erstarrte Routinen und Strukturen der etablierten Politik, die zum Selbstzweck geworden zu sein scheinen, aber auch die Individualisierung der Gesellschaft, die Auflösung klassischer Milieus mit ihren politischen Bindungen und die wachsende Sprach- und Verständnislosigkeit der zunehmend internationalisierten ökonomischen Eliten gegenüber nationalen politischen Prozessen setzen die Demokratie einer neuen Belastungsprobe aus.

Wachsende soziale Ungleichheit und Ungerechtigkeit, angeblich »alternativlose« Sachzwänge einer globalisierten Finanzwirtschaft und mangelnde Teilhabe großer Teile der Bevölkerung am wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Fortschritt haben auch in unserer Gesellschaft die Distanz zwischen Bevölkerung und den demokratischen Institutionen wachsen lassen.

Hinzu kommt ein Unbehagen großer Teile der Bürgerinnen und Bürger über die kulturelle Pluralisierung Deutschlands als Einwanderungsland. Deutschland ist unter den Bedingungen der fortschreitenden Globalisierung im Inneren vielfältiger und heterogener, zugleich international verflochtener und abhängiger geworden.

Unter diesen Entwicklungen muss unsere Demokratie heute größeren Ansprüchen genügen als noch vor wenigen Jahrzehnten. Die heutige Generation steht vor einer beispiellosen Bewährungsprobe – es

geht darum, das große demokratische Erbe des vergangenen Jahrhunderts aufzunehmen und unter den sich wandelnden Bedingungen des 21. Jahrhunderts zukunftsfähig zu machen.

Mehr Demokratie leben

Wir dürfen als Demokraten nicht tatenlos zusehen, wie die Zahl der Nichtwähler Jahr für Jahr steigt und ein immer größerer Teil der deutschen Bevölkerung sich frustriert von den Parteien und von der parlamentarischen Demokratie abwendet. Wir wollen durch unsere eigene politische Arbeit dazu beitragen, dass wieder mehr Menschen in Deutschland teilhaben an der wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes, dass wirtschaftlicher Fortschritt auch sozialen, kulturellen und ökologischen Fortschritt bringt. Das reicht jedoch nicht aus. Wir müssen und wollen auch die demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten an diesen politischen Prozessen erweitern. Das ist eine äußerst anspruchsvolle Aufgabe.

Deshalb müssen wir die parlamentarische Demokratie stärken. Dazu gehören selbstbewusste und respektierte Institutionen der parlamentarischen Demokratie. Aber in Ergänzung und zu seiner Stärkung ist auch eine Stärkung der direkten Beteiligungsmöglichkeiten des Volkes an der Gesetzgebung auf Bundesebene sinnvoll. Repräsentative und direkte Demokratie sollen sich ergänzen und mit ihren unterschiedlichen Stärken wechselseitig befruchten.

Die Forderung nach der Einführung direktdemokratischer Elemente wendet sich zugleich gegen alle Tendenzen, die einen Keil zwischen die Bevölkerung und ihr Parlament zu treiben versuchen. Direkte Demokratie ist nicht demokratischer als die parlamentarische Demokratie. Unser klares Bekenntnis für die direktdemokratische Bürgerbeteiligung schließt ein deut-

liches Bekenntnis zur parlamentarischen Demokratie mit ein.

Die im Grundgesetz verankerte parlamentarische Demokratie hat sich in der Bundesrepublik Deutschland bewährt. Doch der Wunsch nach stärkerer Beteiligung wächst in der Bevölkerung. In den letzten Jahren wurden die Beteiligungsrechte der Bürgerinnen und Bürger auf der Ebene der Bundesländer deutlich ausgebaut. Die Erfahrungen damit waren überwiegend positiv.

Fortschritt durch Demokratie – was ist zu tun?

Bürgerinnen und Bürger sollen die Möglichkeit erhalten, selbst Gesetzgebungsanträge an das Parlament zu stellen (Volksinitiative). Im Falle, dass das Parlament diesen nicht entspricht, sollen sie im Wahlvolk für einen Volksentscheid werben können (Volksbegehren). Wird diese Werbung von genügend Wählerinnen und Wählern unterstützt, ist dies ein erfolgreiches Volksbegehren mit der Folge, dass das Volk über das Gesetz wie bei einer Wahl selbst entscheidet (Volksentscheid).

Die Volksinitiative ist ein Antrag aus der Bevölkerung an das Parlament, ein konkret formuliertes Gesetz zu beschließen. Die Beratung des Antrags im Parlament mit den Antragstellern ermöglicht einen umfassenden Diskurs und Vermittlung von Erkenntnissen, die Parlamentarier den Antragstellern voraus haben mögen – und umgekehrt. Argumente und Vorgänge werden plastisch und transparent. Die Entscheidungsmacht des Parlaments wird dabei durch die Möglichkeit der Antragsteller beeinflusst, einen Volksentscheid herbeizuführen. Antragsteller einer Volksinitiative können im Parlament ähnlich verhandeln wie parlamentarische Antragsteller. Dabei bleibt die Souveränität des Parlaments in vollem Umfang erhalten: Das Parlament kann ein durch die Bevölkerung beschlos-

senes Gesetz genauso ändern wie ein parlamentarisches.

Kommen die Initiatoren mit dem Parlament nicht zu einem Ergebnis, das dem initiierten Gesetzentwurf entspricht, haben sie die Möglichkeit, für ein Volksbegehren zu werben. Die Quoren dafür müssen so hoch sein, dass erkennbar wird, dass viele Bürgerinnen und Bürger es unterstützen; sie dürfen jedoch nicht so hoch sein, dass sie regelmäßig mit den Mitteln ehrenamtlich tätiger Initiatoren nicht zu erreichen sind, weil sonst das Instrument der direkten Demokratie leer läuft.

Ist das Volksbegehren erfolgreich, findet ein Volksentscheid nach dem Muster einer Wahl statt, bei dem regelmäßig über den Entwurf der Antragsteller, ggf. auch über Alternativentwürfe von Parlament oder Regierung abgestimmt wird.

Finanzwirksame Volksentscheide müssen, um zulässig zu sein, Kostendeckungsvorschläge enthalten. Ausgeschlossen sind Volksentscheide über das Haushaltsgesetz als solches. Ein Volksentscheid kann sich – überwindet er die Quoren – nur insoweit auf die Änderung der Verfassung richten, wie dies auch der parlamentarische Gesetzgeber könnte.

Ein Gesetzentwurf ist angenommen, wenn die Mehrheit der Abstimmenden zugestimmt hat und sich mindestens ein Fünftel der Stimmberechtigten an der Abstimmung beteiligt hat. Für Verfassungsänderungen gelten erheblich höhere Quoren. Ein verfassungsändernder Gesetzentwurf ist angenommen, wenn zwei Drittel der Abstimmenden zugestimmt und sich mindestens 50 von 100 der Stimmberechtigten an der Abstimmung beteiligt haben. Bei Gesetzen, die der Zustimmung des Bundesrates bedürfen und bei verfas-

sungsändernden Gesetzen gilt das Ergebnis der Abstimmung in einem Land als Abgabe seiner Bundesratsstimme.

Die Zukunftswerkstatt »Demokratie und Freiheit« des SPD-Partei Vorstandes hat es sich zur Aufgabe gemacht, Konzepte für mehr Bürgerbeteiligung, für mehr Demokratie und für eine fortschrittliche Demokratie zu erarbeiten. Die hier dargestellten Ansätze sind in einem Papier mit dem Titel »Mehr Demokratie leben« differenziert dargestellt. Unser Ziel ist es, neue Möglichkeiten zur Partizipation für die Menschen darzustellen. Diese Möglichkeiten wollen wir in den nächsten Jahren mittels konkretem politischen Handeln in die Realität umsetzen, damit das zweifellos vorhandene Interesse der Bürgerinnen und Bürger an einzelnen Projekten im Besonderen und an Politik im Allgemeinen befriedigt werden und damit unser Land von den Ideen der Menschen profitieren kann.

Dieter Rulff

Defizite linker Politik

Als sich auf der Höhe der Finanzkrise die Banken als staatsbedürftig erwiesen, hegte nicht nur die politische Linke die Erwartung, dass der Marktliberalismus endgültig desavouiert sei und nunmehr der Staat zurückkomme. Er ist zurückgekommen, doch er ist nicht mehr der alte. Der Staat hat in den letzten beiden Jahren sein Letztes gegeben um grosso modo den Status quo ante finanzwirtschaftlicher Omnipotenz zu restaurieren. In der Konsequenz ist die Politik von der Autonomie, die sie damit insinuierte, weiter entfernt denn je.

Dieter Rulff

(* 1953) war Redakteur von *Radio Glasnost*, Ressortleiter bei der *taz* und bei der Zeitschrift *Die Woche* und ist nun freier Autor und verantwortlicher Redakteur der gesellschaftspolitischen Vierteljahresschrift *vorgänge*.

diiterrulff@freenet.de



gemacht. Durch sie ist vielmehr in unkalkulierbarer Weise ein strukturelles Defizit potenziert worden, das seinen Ausgang bereits weit vor der Finanzkrise genommen hat und durch diese in einer Weise verschärft wurde, die die Handlungs- und Legitimationsfähigkeit des demokratischen Staates gefährdet.

Die Staatsverschuldung wächst bereits seit den frühen 70er Jahren beständig, unbeschadet konjunktureller Zyklen und un-

Die Hilfe für das Finanzkapital hat die Politik nicht nur zur Getriebenen desselben